

KURZFASSUNG

DIE GRÜNEN/EFA Pressebriefing

9 März 2023 09:30-10:30

Veröffentlichung des Berichts:

ALTERNATIVE ZU HERBIZIDEN LANDWIRTSCHAFT OHNE GLYPHOSAT



Pesticide
Action
Network
Europe



THE GREENS/EFA
in the European Parliament

DER KONTEXT

- Die Erneuerung der EU-Zulassung des Herbizid-Wirkstoffs Glyphosat steht an. Bei der letzten Entscheidung zur Verlängerung im Jahr 2018 wurde die Zulassung aufgrund massiver Bedenken der Bürgerinnen und Bürger und Zweifel an der Sicherheit des Wirkstoffs nur für 5 statt für 10 Jahre verlängert. Das heißt, die Zulassung hätte Ende 2022 enden sollen - aber es wurde eine Verlängerung gewährt, um Beweise für ökotoxikologische Auswirkungen zu sammeln.
- Im Rahmen des "Green Deal" und der "Farm to Fork"-Strategie wurden ehrgeizige Ziele für die Verringerung des Einsatzes und der Risiken von chemischen Pestiziden um 50% in der EU angekündigt. Herbizide auf Glyphosatbasis sind weltweit und in der EU das am häufigsten verwendete Herbizid. Der Einsatz von Herbiziden auf Glyphosatbasis nimmt weltweit stark zu - in den letzten 10 Jahren fast um das 15-fache. In der EU ist der Verkauf und der Einsatz vor allem in den größeren landwirtschaftlichen Mitgliedstaaten nach wie vor hoch. Die FADN-Daten zeigen, dass die Ausgaben der Landwirt*innen für Pestizide generell steigen. Um die Ziele zur Pestizidreduktion zu erreichen, müssen diese EU-Trends umgekehrt werden. Der letztes Jahr veröffentlichte Vorschlag für eine „Verordnung über die nachhaltige Verwendung von Pestiziden“ (SUR) würde nicht nur das Ziel einer 50-prozentigen Reduzierung vorschreiben, sondern auch den Integrierten Pflanzenschutz (IPM) stärken: die Anwendung nicht-chemischer alternativer Praktiken, die die Wahrscheinlichkeit des Auftretens von Schädlingen verringern. So werden chemische Pestizide nur als letztes Mittel eingesetzt und die Notwendigkeit des Einsatzes sowie die Resistenz von Schädlinge gegen diese Agrochemikalien wird verringert.

KERNAUSSAGEN

In dieser dritten Ausgabe des Berichts wird zunächst erläutert, was Glyphosat ist, wie es wirkt und welche Folgen sein Einsatz hat. Anschließend wird beschrieben, wie viel Glyphosat in Europa und weltweit eingesetzt wird und für welche Zwecke. Wir beobachten einen zunehmenden Trend beim Verkauf und Einsatz von Herbiziden auf Glyphosatbasis.

In dem Bericht wird analysiert, warum Glyphosat keine harmlose Substanz ist, sondern ganz erhebliche ökologische Auswirkungen hat. Erstens wirkt es direkt auf den Stoffwechsel und betrifft dabei nicht nur Pflanzen, sondern auch Bakterien und Pilzen. Zweitens gibt es indirekte Auswirkungen: im Rahmen eines "Null-Toleranz"-Ansatzes wird Glyphosat übermäßig angewendet und tötet auch Pflanzen, die Teil der ökologischen Nahrungskette sind. Als Kollateralschaden bricht die biologische Vielfalt sowohl im als auch über dem Boden zusammen - mit Auswirkungen auf Nützlinge die für die Bodenfruchtbarkeit und Produktivität benötigt werden. Dabei handelt es sich beispielsweise um Bestäuber, Räuber von Schadinsekten, Organismen, die den Mutterboden bilden und erhalten und Mykorrhiza-Pilze, die die Pflanzen direkt schützen und ernähren.

Der Bericht stellt die Notwendigkeit von Herbiziden in der Lebensmittelproduktion in Frage, indem er untersucht, was genau ein Unkraut ist. Nicht alle Unkräuter sind schädlich für die Kultur oder den Ertrag - nur 20 % der Arten sind problematisch. Und selbst dann müssen sie in ausreichender Menge vorhanden sein, um wirtschaftliche Schäden zu verursachen. Die überwiegende Mehrheit der Nichtkulturpflanzen schädigen weder die Kulturpflanzen noch die Erträge und werden als *Aliae Plantae* - andere Pflanzen - bezeichnet. Sie müssen nicht getötet werden und können für den Landwirt und die Lebensmittelproduktion sogar von Nutzen sein. Die Landwirt*innen verschwenden also ihr Geld für immer mehr und immer teurere Pestizide und schwächen gleichzeitig ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel und extremen Wetterereignissen. Die Dürre, die Europa im Jahr 2022 erlebte und die wahrscheinlich die neue Normalität sein wird, hat klar gezeigt: artenreiche Systeme sind am widerstandsfähigsten. Das einzige verbliebene Grün auf den Weiden war die Unkrautdecke. Mit einer neuen Definition des Begriffs "Unkraut" und einer Lockerung des Null-Toleranz-Ansatzes, kann diese Negativspirale umgedreht werden. Das führt zu einer Win-Win-Win-Win-Situation: für die Autonomie der Landwirt*innen und gegen ihre Abhängigkeit von Betriebsmitteln, für eine Kehrtwende des Biodiversitätsverlusts, für die Klimaresilienz unserer Agrarökosysteme und für die Ernährungssicherheit. Der wissenschaftliche Konsens sagt eindeutig, dass die mit Abstand größte Bedrohung für die Ernährungssicherheit der Klimawandel und Zusammenbruch der Ökosysteme ist. Das wird auch von den Vereinten Nationen - FAO, IPBES, IPCC - anerkannt. Ein Festhalten am Status quo, wie es die Gegner des Green Deal und der Pestizidreduktionsziele fordern, führt langfristig zu Katastrophen und Hunger und liegt eindeutig nicht im Interesse der Landwirt*innen.

Die Studie veranschaulicht, dass diese Wende technisch machbar ist und bereits umgesetzt wird. Eine Landwirtschaft ohne synthetische Herbizide ist bereits jetzt möglich. Ein Beispiel ist der ökologische Landbau - viele der in der Studie beschriebenen Techniken sind Innovationen von Biobäuer*innen. Außerdem lässt sich der Einsatz von Pestiziden mit Hilfe von IPM-Konzepten massiv auf das tatsächlich Notwendige reduzieren. Wir sollten nicht vergessen, dass IPM vor fast einem Jahrhundert erfunden wurde und immer noch von der chemischen Industrie gefördert wird, um ihre Ressourcen und die der Landwirt*innen zu schonen und Resistenzen vorzubeugen, die ihre Produkte unwirksam machen. Im Hauptteil dieser Studie werden die verschiedenen Methoden des Integrierten Unkrautmanagements (Integrated Weed Management - IWM), eines Ablegers des IPM, im Detail beschrieben.

Wie steht es um die Wirtschaftlichkeit für Landwirt*innen, wenn sie den großflächigen Einsatz von Herbiziden einschränken oder ganz beenden? Im Abschnitt über die wirtschaftlichen Aspekte der Herbizidreduzierung wird untersucht, welche finanzielle Unterstützung im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU möglich ist.

Landwirt*innen, die auf jahrzehntelange gesellschaftliche Forderungen reagieren, dürfen mit den Kosten nicht allein gelassen werden: Es ist Aufgabe der öffentlichen Hand, sie bei der Übernahme dieses Risikos zu unterstützen. Eine Schlüsselrolle spielen dabei das Risikomanagement (Versicherungen und Fonds auf Gegenseitigkeit) und Investitionszuschüsse, die von der EU und den Mitgliedstaaten kofinanziert werden. Doch es braucht auch Wissen, um Anbausysteme umzustellen: Ob es um die Suche nach optimalen Fruchtfolgen oder um Ratschläge für die Anpassung von Maschinen geht, wir brauchen Investitionen in unabhängige Beratungsdienste und Öffentlichkeitsarbeit, den Austausch und Partnerschaften zwischen Landwirt*innen und Forscher*innen.

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass der Rahmen hierfür in der GAP bereits vorhanden ist. Vieles hängt aber von der Bereitschaft der Mitgliedstaaten ab, in ihre nationalen GAP-Strategiepläne alle notwendigen Elemente aufzunehmen, um eine Verringerung des Pestizideinsatzes zu erreichen. Außerdem müssen sie bei den Landwirt*innen für diese Optionen werben (u. a. durch Beratungsdienste) und schließlich hängt alles daran, wie stark die Landwirt*innen sie annehmen. Die nationalen Strategiepläne, in die Nutzung der GAP-Gelder auf der Ebene der Mitgliedstaaten festgelegt wird, können mindestens jährlich angepasst und verbessert werden. Die Kommission muss also die Mitgliedstaaten anleiten und überzeugen, die Landwirtschaft bei der Anpassung an die Wünsche der Gesellschaft und die künftigen Bedürfnisse der Landwirtschaft zu unterstützen. Schlussendlich zeigt die Studie, was die Bürger*innen wollen und was einige EU-Mitgliedstaaten bereits getan oder versucht haben, um den Einsatz von Herbiziden auf Glyphosatbasis zu beenden.

KERNBOTSCHAFTEN

- Eine großflächige Herbizidreduktion als Teil der EU-Bemühungen, den Pestizideinsatz zu senken, ist möglich: sie ist technisch machbar und bereits im Gange, sie muss nur durchweg umgesetzt werden.
- Die überwiegende Mehrheit der Unkräuter schadet den Erträgen nicht, stattdessen nützen diese Aliae Plantae den Agrarökosystemen und der Ernährungssicherheit. Um die Verschwendung von Geld und Ressourcen zu verhindern und den Rückgang der Artenvielfalt zu stoppen, sollten sie nicht systematisch vernichtet werden.
- Die EU und die Mitgliedstaaten stellen Mittel zur Verfügung, um die Landwirtschaft bei der Umstellung zu unterstützen. Vieles hängt jedoch davon ab, ob die Mitgliedstaaten diese Unterstützung anbieten, von der Beratung selbst und ihrer Finanzierung **und schließlich davon, ob die Landwirt*innen sie auch annehmen.**